

Zeitung

Dezundsfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden d. 8. Spalten, 34 mm br. Millimeterweite oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Anzeigenspreisen an allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 2 mm br. Millimeterweite 60 Pf. Anzeigen - Annahmestellen vom 1. März, für die Sonntagsdr. ab 2 1/2 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint 10 mal, Sonntag 1 mal. Schriftl. u. Saupost-Geschäftsstelle: Halle, Neue Brunnstraße 1a, Dr. Clausenstr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 22.

Fr. 456.

Halle, Montag, den 29. September.

1919.

Vor der Entscheidung.

Die Mehrheitsparteien halten heute wichtige Sitzungen über die Regierungsumbildung ab.

Beratungen der Mehrheitsparteien.

Berlin, 29. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die Vorhände der Mehrheitsfraktionen, des Zentrums und der deutschdemokratischen Fraktion werden heute nachmittags 5 Uhr beim Reichstanzler zusammentreten, um die endgültige Entscheidung über den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung zu treffen. Es besteht zu dieser Stunde noch keine endgültige Sicherheit, wohl aber Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Demokraten zur Regierungsmehrheit hinzutreten und drei Mitglieder in das Kabinett entsenden werden. Welche Ministerien mit demokratischen Abgeordneten besetzt werden sollen, wird ebenfalls erst in der Besprechung am Nachmittag beraten werden. Mit einer gewissen Bestimmtheit kann jetzt gesagt werden, daß den Demokraten das Reichsjustizministerium, und wenn sie es wollen, auch die bisher vom Reichsfinanzminister innegehabte allgemeine Stellvertretung des Reichsfinanzlers zufallen würde. Schon erheblich ansüßiger ist, ob die Demokraten auch das Reichsministerium des Innern besetzen sollen, das gegenwärtig Dr. David leitet, denn Dr. David wird es vorziehen, dieses Amt zu behalten. Sicher ist, daß Dr. Dell, wie wir bereits am Sonnabend melden konnten, im Reichskabinett verbleibt und jenseit wohl das Reichsverkehrsministerium befehligt.

Es besteht nun der Plan, die Aufgaben des Wiederaufbaues und der Wiedergewinnung, die gegenwärtig im Reichswirtschaftsministerium ressortieren, von diesem Ministerium abzutrennen und ein Wiederaufbauministerium zu errichten, das von einem demokratischen Minister geleitet würde. Nebenbei hat es sich als notwendig herausgestellt, für den Vorschlag im Reichsrat, den nach der Verfassung ein Minister führen muß, möglichst ein Kabinettsmitglied zu bestellen, das nicht allzusehr mit Reformarbeiten überhäuft ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn den Demokraten das Reichsministerium des Innern zufällt, Dr. David eventuell die allgemeine Vertretung des Reichstanzlers und den Vorschlag im Reichsrat als Minister ohne Portefeuille bestimme. Die wichtig, ständige Staatssekretariate im Reichsministerium des Innern und im Reichsfinanzministerium zu errichten, die bereits festgestellt ist, steht doch wieder fallen gelassen werden. Veränderungen, die demnach in anderen hohen Reichsämtern stattfinden sollen, dürften die Gelegenheit ergeben, auch dort Männer von besten Namen, aber der neuen Zeit anzupassen, ohne das Amt selbst zu politisieren. Wie wir eben hören, ist beabsichtigt, dem Abgeordneten Dr. Petersen, der zum vorläufigen Vorsitzenden des demokratischen Parteiaususses ernannt wurde, auch den Vorschlag in der Fraktion der Nationalversammlung zu überbringen.

Die Streiklage in Berlin.

Berlin, 29. September. (Eig. Drahtnachricht.) Der Streik der Metall-Fabrikarbeiter hat heute Vormittag keine nennenswerte weitere Ausdehnung erfahren. Einige Firmen wollten wieder Entlassungen vornehmen, weil infolge der Streiks die Möglichkeit zur vollen Aufrechterhaltung der Betriebe nicht vorhanden war. In den meisten Fabriken sucht man die Arbeiterentlassungen so lange wie möglich zu vermeiden und greift daher zu Einschränkungen der Arbeitszeit. Die Arbeiter sind überall damit einverstanden, um so mehr, als jetzt endgültig festgestellt, daß Arbeitslosenunterstützung von den Gemeinden nicht gewährt wird. Nach den Angaben der Arbeitgeber sind bisher rund 60 000 Arbeiter und Arbeiterinnen von der Streikbewegung betroffen, während nach den Mitteilungen der Streikleitung rund 100 000 sind. Die Beschäftigten der Zahlen dürfte sich daraus erklären, daß die Arbeitgeber nur in den zum Metallindustrieverband gehörigen Fabriken zählen, während auch in anderen Betrieben gestreikt wird.

Die „Sicherung“ unserer Grenzen.

Berlin, 29. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Neue Berliner Zeitung“ hat einen Koffer mit wertvollem Inhalt durch einen ihrer Mitarbeiter nach Deutschland schaffen lassen, um „sichtlich den Beweis zu erbringen, daß nach wie vor die getroffenen Maßnahmen Deutschlands gegen die Kapitalflucht völlig unzulänglich sind. Zur Bekämpfung wurde kein Anschlag gemacht.

Das Gepäckstück wurde nicht etwa heimlich über die Grenze geschickt, sondern hat am heiligsten Tage die Grenze passiert und ist mit unverletztem Stempel in der Redaktion des „Postboten“ abgeliefert worden. Es handelte sich um mehrere Kisten, die nach langem zögerlichen Warten, um den Koffer unbehindert nach Kopenhagen zu schaffen.

Polnischer Schwindel.

Thorn, 29. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Polnische Blätter verbreiten die Meldung aus Warschau, Deutschland habe der Entente die Bildung eines selbständigen Kohlenreiches vorgeschlagen, der aus dem ober-schlesischen und österreichisch-schlesischen und dem polnischen Dombrowauer Gebiet bestehen soll und der Abwehr der zunehmenden Streitigkeiten, sowie der Verringerung des Kohlenverkehrs dienen soll. Dieser Kohlenstaat wird unter den Protektoren Europas stehen und der Ertrözung des allgemeinen europäischen Kohlenmangels dienen. Die polnische Regierung protestiert energisch dagegen.

Englands Lebensmittelversorgung.

Amsterdam, 29. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Die englische Regierung große Besorgnisse getroffen habe, um die Lebensmittelversorgung sicher zu stellen. Es besteht die Gefahr, den Hauptartikeln und dort einen Automobilmangel und die Hauptverteilungsstelle für Lebensmittel in London einzurichten. 25 000 Chasseurs haben sich freiwillig gemeldet. Man hat sich am Sonnabend eine lange Unterredung mit dem Transportminister Sir Geddes.

Edward Grey in New York.

Amsterdam, 29. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Die New York Times berichten, daß Grey dort eingetroffen ist. Er erklärte, er habe den Wohlstand der Amerikaner, um das gute Verhältnis zwischen Amerika und Großbritannien zu fördern. Dieses gute Verhältnis werde hauptsächlich das eine große Element der Sicherheit sein, das zu einem besseren internationalen Verhältnis auf größtmöglicher Grundlage führen werde.

Ruhe im englischen Eisenbahnerkehr.

Amsterdam, 29. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Nach Londoner Meldungen liegt der gesamte Eisenbahnerkehr still. „Daily Chronicle“ meldet, die Regierung beschließen, den Kampf mit allen Mitteln weiterzuführen. Man hofft, daß die Kräfte ohne Aufbruch vorübergehen werde, aber auch auf eine solche sei die Regierung vorbereitet. Die Einmärsche werden von Truppen bewacht. Kohle, Fleisch, Speck, Zucker, Butter, Margarine sind streng rationiert. Die Demonstration ist eingestellt. Die Spezial-Polizeigebieten von London stehen in Alarmbereitschaft. Die Regierung ruft Freiwillige auf. Der Arbeitsminister hat erklärt, daß der Streik nicht gegen die Regierung, sondern gegen den Staat gerichtet sei.

Rücktritt Tittonis?

Lugano, 29. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) „Popolo d'Italia“ meldet aus Rom, Tittoni sei fest entschlossen, als Minister des Neuen zurückzutreten, nachdem die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten unüberbrückbar sind. Dadurch würde das Ministerium Tittoni unzulässig werden. Tittoni wird ein Kabinettsministerium bilden.

Volksabstimmung in Luzernburg.

Amsterdam, 29. Sept. „Maandag Ochtendblad“ meldet aus Luzernburg, daß dort in größter Nähe die Volksabstimmung über die Frage der Beibehaltung der Dynastie und des wirtschaftlichen Aufstieges an Frankreich oder Belgien vor sich geht. Man schlägt, daß 75 Prozent der Stimmen für die Beibehaltung des Großherzogtums sein werden. Die liberale Presse, sowie die katholischen Arbeiter treten für einen wirtschaftlichen Anschluss an Belgien ein. Die Anführer der Sozialistenführer über die Anschlussfrage sind geteilt.

Wahl einer konstituierenden Nationalversammlung in Frankreich.

Besailles, 29. September. Im französischen Senat hat Senator Guabin de Villaine einen Antrag eingebracht, die Session des Senats und der Kammer sofort für geschlossen zu erklären und am 1. November für die Dauer eines Jahres eine konstituierende Nationalversammlung wählen zu lassen, deren Aufgabe es sein soll, den Friedensvertrag mit Deutschland, sowie die Friedensverträge mit Österreich, der Türkei und Bulgarien zu ratifizieren. Den Präsidenten der Republik zu wählen und alle notwendigen Steuererlässe zu erlassen.

Die neuen Besitzsteuern.

von C. Delius, Mitglied der Nationalversammlung.
Es war eine beliebte Methode der Rechtsparieren im alten Staat, alle neuen Steuern auf Lebens-, Genussmittel und Gebrauchsgüter zu legen. Das hatte eine ungerechte Belastung der wirtschaftlich Schwachen zur Folge. Mit Recht haben die Freimüthigen immer eine solche Politik energisch bekämpft. In ihrem Programm wurde schon seit Jahrzehnten die Reichsreform- und eine höhere Reichs-Vermögens- und Erbschaftsteuer gefordert. Regierung und Reichsparteien vermehren durch ihre unbegreifliche Ablehnung solcher vernünftigen Vorschläge die Reformfrage weiter, die nicht mit Unrecht den Besessenen Steuerfesseln vorwarfen. Während des Krieges ist der Besitz stark angewachsen. Die erzielten Kriegsgewinne schufen neue Vermögen, auch in vielen bisher besitzlosen Kreisen. Eine kurzfristige Finanzverwaltung verstand es nicht, aus der Vermögensabhängigkeit und Vermehrungen für den Staat eine ergiebige Steuerquelle zu schaffen. Andere Staaten wußten die Konjunktur zu nutzen. Bei uns ließ man große Beträge ins Ausland schaffen und daneben hohe Steuern unproduktiv anlegen zum Schaden der Gesamtheit. Die zweimalige Erhöhung der Steuer vom Vermögenszuwachs war ein schwacher Versuch, dem Staat größere Mittel zuzuführen.
Nachdem der Staat mit einer gewaltigen Verleerung geendet hat, unsere Finanzen nahe der zum Zusammenbruch stehen, bleibt einfach gar nichts weiter übrig, als nun alle nur möglichen Steuerquellen zu erschöpfen. Es bedarf keines Beweises, daß auch heute noch in bestimmten Kreisen eine Scheu vor direkten Steuern besteht. Man glaubt eben immer noch, die alten Methoden beibehalten zu können.
An direkten Steuern kommt zunächst die Abgabe vom Vermögenszuwachs in Frage. Der Gedanke an sich, daß derjenige, der sein Vermögen im Krieg noch mehren konnte, einen großen Teil davon abgeben muß, ist moralisch und sozial gerechtfertigt. In dem Augenblick, wo Millionen von Erwitlenen zugrunde gerichtet oder schwer geschädigt sind, darf der andere Teil, von dem ein erheblicher Bruchteil nicht gerade immer durch äußere Verhältnisse sich den Vermögenszuwachs verschafft hat, nicht Schöne anhäufen. Die Schöne sind so gehalten, daß eine ernsthafte Schädigung des Wirtschaftslebens nicht eintreten kann. Daß der Vermögenszuwachs von über 200 000 Mark für den Staat wohl verlangt wird, ist durchaus gerechtfertigt. Dagegen sind die Vermögensvermehrungen unter 5000 Mark freigelassen ebenso werden vom zweiten Kinde ab Nachlässe für jedes Kind von 5000 Mark gewährt. Damit sind die Interessen der Mittel- und Unterschichten des Volkes in weitgehendem Maße gewahrt. Die Abgabepflicht ist nach dem Stande vom 30. Juni 1919 zu beurteilen. Als Steuerbar wird der Unterschied zwischen dem Anfangs- und Endvermögen angesehen. Das bei der Besitzvermehrung 1918 zugrunde gelegte Vermögen gilt als Anfangsvermögen. Von dem Vermögen können z. B. die in dieser Zeit infolge Vermächtnis oder durch Erbschaft erworbenen Vermögensteile abgerechnet werden. Auch der Betrag einer fällig gewordenen Kapitalsanzahlung aus einer Versicherung, eines erlangten Rentenanspruches sind nach Abzug des bei der Ermittlung des Anfangsvermögens festgestellten Kapitalwertes der betreffenden Versicherung abzugsfähig. Ebenso sind Abfindungen für Krankheits-, Invaliden- und Unfallfälle, sowie die sämtlichen für das Jahr 1919 zu entrichtenden Steuern abziehbar. Dem Vermögen hinzuzurechnen sind alle Schenkungen, der Wert aller im Veranlagungszeitraum erworbenen Schmuck- und Luxusgegenstände, soweit im Einzelfalle ein Anschaffungspreis von 500 Mark oder mehr in Frage kommt. Ebenso sind alle diejenigen Beträge anzurechnen, die zu Anschaffungswecken verausgabt sind (für den Einzelgegenstand 500 Mark oder mehr), soweit der aufgewendete Gesamtbetrag 10 000 Mark übersteigt. Bei Wertpapieren kommen die Kurswerte vom 30. Juni 1919 zur Anrechnung.
Die Abgabe, die nur erhoben wird, wenn das Endvermögen 10 000 Mark übersteigt, beträgt für die ersten angelegenen oder vollen 10 000 Mark des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 10 Prozent, für die nächsten 10 000 15 Prozent, für die nächsten 10 000 20 Prozent, für die nächsten 20 000 30 Prozent, für die nächsten 30 000 40 Prozent, für die nächsten 40 000 50 Prozent, für die nächsten 50 000 60 Prozent, für die nächsten 60 000 70 Prozent, für die nächsten 70 000 80 Prozent, für die nächsten 80 000 90 Prozent, für die nächsten 90 000 100 Prozent.

